

(rg)

Interessant: Stephan Braun, Landtagsabgeordneter der SPD und vergangenen Mittwoch wegen der **Gruber-Debatte** Referent im Kulturhaus Schwanen in Waiblingen, konzentriert sich nach eigener Aussage vornehmlich auf den Kampf gegen Rechts und verzichtet deshalb auf seiner Homepage, den Linksextremismus auch nur mit einer Silbe zu erwähnen. Einerseits bedenklich, da er als Verfassungsschutzbeauftragter seiner Partei in der besonderen Pflicht steht, entsprechend seiner demokratischen Verantwortung als Volksvertreter über den Extremismus von links und rechts zu informieren. Andererseits aber auch verständlich, wenn die SPD auf Länderebene immer mehr dazu übergeht, mit einer Partei zu koalieren, deren Ziele im aktuellen Verfassungsschutzbericht „im Ganzen als verfassungsfeindlich“ beurteilt werden. Deshalb ist die SPD geradezu gezwungen, den Linksextremismus entweder nicht zu beachten oder aber zu verharmlosen. Denn sonst müsste Sie sich neben der Linkspartei auch mit führenden Vertretern ihrer eigenen Partei auseinandersetzen, die wie Jusos-Vorsitzende **Franziska Drohse** wenig Berührungsängste haben, linkslastig-militante Gruppierungen zu unterstützen. Braun selber wurde vom **Focus** vorgeworfen, mit Journalisten zusammengearbeitet zu haben, die zumindest publizistisch im linksextremen Bereich tätig waren.

Im Gegensatz dazu gibt's laut Stephan Braun einen SPD-internen Beschluss, dass Mitglieder der rechts-liberalen Wochenzeitung **die Junge Freiheit** keine Interviews geben dürfen.

Mit dieser Einseitigkeit entfernt sich die SPD vom bürgerlichen Spektrum und verliert somit die Glaubwürdigkeit im Kampf gegen Rechts.

Bei diesem Linksrutsch heiligt der Zweck die Mittel: Gegen die soziale Kälte und gegen den Kapitalismus geben die Rot-Rot-Grünen Entscheidungsträger dem in der **Antifa** vereinten linksextremen Lager mächtig viel Spielraum. Natürlich moralisch legitimiert, geht es doch letztlich um Gerechtigkeit und gegen Rechts und damit gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Die Strategie ist beidermaßen simpel wie wirkungsvoll: Schauen Alle nur nach rechts, kann man auf der anderen Seite in Ruhe sein Süppchen kochen.

Franziska Drohse bringt es auf den Punkt: „Grundlage linker Politik ist das Streben nach einem freien und selbstbestimmten Leben für alle.

Der Rechtsextremismus hingegen spreche Menschen das Recht auf Leben ab.“ Damit gibt das Feindbild die klare Richtung vor: Das Geld für die Extremismus-Bekämpfung soll nicht, wie von der FDP/CDU-CSU Koalition vorgeschlagen, auch gegen Links und den Islam verwendet werden, sondern in noch größerem Maße nur für den Kampf gegen Rechts. J

Je nach Betrachtungsweise ist extrem halt nicht extrem; so als hätte es die weltweiten Verbrechen des Kommunismus nie gegeben und der Unrechtsstaat der DDR nie existiert.

Unabhängig der ideologischen Graben- und Verteilungskämpfe bleibt die Tatsache, dass die links-und rechtsextreme Gewalt steigt und zusammen mit der Gefahr des islamischen Extremismus eine Bedrohung für unsere freiheitliche Demokratie darstellt. Das sich das Lager auf **Rechtsaußen** jetzt in autonomen Gruppen zusammenschließt, wundert außer Stephan Braun niemand: Das Anschauungsmaterial dafür haben diverse **links-militante** Organisationen in den letzten 40 Jahren genug geliefert.